

#waswirklichwichtigist



Foto: attac.de

Inhalt

Hintergrund

- Globalisierung nach Corona – 2 –
- Corona und Flucht – 3 –
- Die Krise im Gesundheitssystem – 4 –
- Globale Gesundheit – 5 –
- Demokratie und Corona – 6 –
- Wer zahlt für die Krise? – 7 –
- EU in Zeiten von Corona – 8 –
- Bezahlbares Wohnen für alle! – 8 –
- Sozial-ökologischer Umbau – 9 –
- Intern**
- Gemeinnützigkeit – 10 –
- Kiosk**
- Klimagerechte Mobilität für alle – 11 –

Die Corona-Pandemie macht die Konstruktionsfehler unserer profitorientierten globalisierten Wirtschaft noch sichtbarer als sonst: Die Märkte, die angeblich alles zum Guten regeln, versagen. So wie die Finanzkrise von 2008 und die sich weltweit zuspitzende Klimakrise haben auch die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der gegenwärtigen Pandemie ihre Ursache in unserem Wirtschaftssystem. Es beruht auf unbegrenztem Kapitalwachstum, der Konzentration von Reichtum und der Zerstörung der Umwelt. Die Häufigkeit derartiger Krisen nimmt zu; sie können gleichzeitig stattfinden, und ihre katastrophalen Folgen bedrohen die gesamte Menschheit. Zurzeit wird überdeutlich: Das globale Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ist weder gegenwartstauglich noch zukunftsfähig. Die an Wachstum und Gewinn gebundene, exportori-

enterte Wirtschafts- und Handelspolitik droht zusammenzubrechen. Plötzlich müssen Staat und Politik es wieder richten und die großen gesellschaftlichen Systeme funktionsfähig halten.

Doch die Corona-Krise birgt auch eine Chance: uns darauf zu besinnen, was für eine Gesellschaft wirklich wichtig ist. Jetzt gilt es, die Prioritäten geradzurücken und die Menschen, nicht den Profit, ins Zentrum zu stellen. Jetzt wäre die Gelegenheit, die Fehler der Finanzkrise von 2008 nicht zu wiederholen. Statt das bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem buchstäblich um jeden Preis zu retten und zu erhalten, könnte und muss es grundlegend umgebaut werden.

Die Rettungspakete müssen nicht „die Wirtschaft“ retten, sondern Menschen, die sonst ins Nichts fallen. Die Krisenprogramme dürfen

nicht Klimakiller am Leben halten, sondern müssen den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft fördern. Und zur gesellschaftlichen Solidarität gehört zum einen eine öffentliche Daseinsvorsorge, die allen Menschen zugutekommt, im Gesundheitswesen und darüber hinaus, und eine solidarische Politik, die nicht an Landesgrenzen oder an den Außengrenzen der EU Halt macht.

Seit Jahren arbeitet Attac an Alternativen für eine solidarische, sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Gesellschaft. Wir haben dabei zu nahezu allen Bereichen in Politik und Wirtschaft gearbeitet, deren Konstruktionsfehler jetzt unübersehbar werden. An vielen Stellen haben wir bereits sehr konkrete Vorschläge für erste Schritte und notwendige Maßnahmen entwickelt. Wie wir zu ihrer Umsetzung kommen und was wir aus der Corona-Krise lernen können, darum geht es in diesem Rundbrief.

Zeit für wirtschaftliche Deglobalisierung und neue Formen internationaler Kooperation und Solidarität

Das neoliberale Weltmarkprojekt ist gescheitert

Fast alle Länder versuchen angesichts der Corona-Krise verzweifelt, Schutzausrüstung, Masken und Medikamente am Weltmarkt einzukaufen. Vieles davon wird heute nur mehr an wenigen Orten in Asien produziert. Zwischenstaatliche Kooperation bei der Produktion und Beschaffung ist derzeit Mangelware – ein beschämendes Zeugnis. Es gilt vielmehr das Motto „Mein Land zuerst!“, mitunter auch auf Kosten der anderen. Die anfänglich mangelnde Kooperation zwischen EU-Ländern wurde nun ersetzt durch ein EU-Exportverbot für eine Reihe medizinischer Produkte. Das trifft Länder des globalen Südens besonders stark, die diese Waren bislang aus der EU importiert haben.

Die Corona-Pandemie zeigt: Das neoliberale Weltmarkprojekt ist gescheitert; es gefährdet nicht nur das Klima, es gefährdet Menschenleben. Die EU hat dieses Projekt in den letzten drei Jahrzehnten mit Hilfe von Handels- und Investitionsabkommen im Interesse der EU-Konzerne massiv vorangetrieben. Die Herstellung lebensnotwendiger Güter hat sich so immer mehr in die Hände einiger weniger Konzerne verlagert, die in „kostengünstigen“ Ländern operieren. „Günstig“ ist es für die Konzerne dort aufgrund von Niedrigstlöhnen, minimalen Arbeitsrechten, kaum vorhandenen Umweltauflagen oder Steuervorteilen.

Die Welthandelsströme und die satten Profite für einige wenige Konzerne sind stetig gewachsen – das ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite: Sozialabbau, die Zerstörung lokaler Versorgungsstrukturen für lebensnotwendige Güter und die Verschärfung der Klimakrise. Es wurde eine verletzliche, instabile Wirtschaftsweise geschaffen – zu Gunsten weniger, auf Kosten vieler.

Noch vor Kurzem haben konservative und neoliberale Politiker*innen uns Kritiker*innen von marktradikalen Handelsabkommen, die wir vor genau diesen Auswirkungen gewarnt haben, ignoriert oder delegitimiert. Jetzt, in der Krise, reden sie plötzlich davon, dass kritische Produkte wie Schutzausrüstung und Medikamente wieder in Europa beziehungsweise im eigenen Land hergestellt werden müssten. Die österreichische Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck propagiert das ebenso wie der deutsche Gesundheitsminister Spahn und viele mehr. Wir werden ein Auge darauf haben, dass diesen Worten auch Taten folgen, wenn die Krise überstanden ist.

Denn eines ist klar: Ein Weltmarkt, wo jene mit genug Geld alles kaufen können, während die anderen nicht genug zum Leben haben, ist



WTO-Gipfelproteste in Cancún 2003, Foto: Pia Eberhardt

unethisch, gesellschaftlich ineffizient und langfristig instabil. Ein Weltmarkt, der durch ungezügeln Warentransport tagtäglich die Klimakrise verschärft und die Macht transnationaler Konzerne steigert, schadet uns allen. Wir brauchen mehr denn je eine regionalisierte Wirtschaft der kurzen Wege. Die Produktion lebensnotwendiger Güter muss möglichst lokal beziehungsweise regional (im Sinne der Makro-Regionen Europa oder etwa Asien) organisiert werden. Alle Dienstleistungszweige, die grundlegende lebensnotwendige Bereiche abdecken, müssen aus sämtlichen Handelsabkommen ausgenommen sein. Nahversorgung und Daseinsvorsorge müssen gemeinwohlorientiert sowie demokratisch organisiert und kontrolliert sein. Handels- und Investitionsabkommen müssen so umgestaltet werden, dass die Produktion dieser Güter und die Bereitstellung dieser Dienstleistungen nach diesen Grundsätzen möglich wird. Der Welthandel muss dann auf komplementären Produkten und Kooperation basieren.

Beispiele von neuen Formen internationaler Solidarität und Kooperation gibt es bereits: So schicken jetzt Kuba und China Ärzt*innen zur Bewältigung der Krise unter anderem nach Italien, Nicaragua, Jamaica, Argentinien und Surinam¹. Schon jetzt kooperieren Städte und Gemeinden weltweit etwa im Bereich der Klimaschutzmaßnahmen oder bei der Aufnahme von Geflüchteten². Und auch viele soziale Bewegungen, Gewerkschaften und zivilgesell-

schaftliche Initiativen organisieren sich in internationalen Netzwerken, zum Beispiel im Kampf um Klimaschutzmaßnahmen, den Erhalt und Ausbau öffentlicher Dienstleistungen oder für eine andere Handelspolitik.

Die EU muss daher alle laufenden Verhandlungen für weitere Handels- und Investitionsabkommen neoliberaler Art stoppen. Jetzt ist es Zeit, die Handelsbeziehungen auf Basis eines neuen Wirtschaftskonzepts umzugestalten und dabei das gute Leben für alle in den Mittelpunkt zu stellen.

Wir brauchen jetzt andere Rahmenbedingungen und neue multilaterale Spielregeln für den Handel; wir brauchen Investitionen und Finanzmärkte, die die Produktion lebensnotwendiger Güter und Dienstleistungen in hoher Qualität für alle Menschen, den Klimaschutz und den Schutz unserer Lebensgrundlagen sicherstellen. Wir brauchen eine andere Globalisierung und einen neuen Multilateralismus für ein gutes Leben für alle³.

Alexandra Strickner, Handelsexpertin und Sprecherin von Attac Österreich (Dieser Artikel erschien ursprünglich am 3. April 2020 in Der Standard)

¹ democracynow.org/2020/3/24/cuba_medical_diplomacy_italy_coronavirus

² now-conference.org/de/

³ anders-handeln.at/konferenz/

Die Corona-Krise an den EU-Außengrenzen

Für grenzenlose Solidarität!



Fotos: Anthony Jean / SOS Méditerranée

Die Corona-Pandemie beeinträchtigt derzeit mit weitreichenden Einschränkungen unseren Alltag. Es wird viel von Solidarität gesprochen – doch wem gilt sie? Während wir in Europa durch wochenlange Kontakt- und Ausgangssperren diejenigen unserer Gesellschaft schützen, für die es lebensnotwendig ist, harren geflüchtete Menschen in Lagern an den europäischen Außengrenzen unter desaströsen hygienischen Bedingungen auf engstem Raum aus. Für sie gibt es keine Möglichkeit zu ausreichender Hygiene, um einer Infektion mit dem Corona-Virus vorzubeugen; Zugang zu medizinischer Versorgung besteht kaum. Kommt es dort zu einem Ausbruch, sind die Menschen Covid-19 schutzlos ausgeliefert. Nur mühsam haben sich einige wenige EU-Länder inzwischen dazu durchgerungen, eine kleine Zahl besonders gefährdeter Menschen aus griechischen Flüchtlingslagern aufzunehmen.

Der Blick an die EU-Außengrenzen macht deutlich, dass die europäische Migrationspolitik in Zeiten der Pandemie ein neues Maß an Grausamkeit erreicht. Ob mit dem EU-Türkei-Deal oder der Unterstützung für die libysche Küstenwache: Europa versucht seit Jahrzehnten, seine Verantwortung für schutzsuchende Menschen auf Drittstaaten abzuwälzen. Migrant*innen und Flüchtende sollen es erst gar nicht bis nach Europa schaffen. Für dieses Ziel sind die EU-Staaten bereit, die eigenen

Prinzipien von Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit zu opfern.

Im zentralen Mittelmeer zwischen Libyen und Italien retten private Organisationen wie SOS Méditerranée mit Spendengeld der Zivilgesellschaft seit Jahren Menschen aus Seenot. Sie füllen so die Lücke, die die europäischen Staaten hinterlassen haben. Doch während die NGOs zunehmend am Retten gehindert werden, hat die EU seit 2018 konsequent die libysche Küstenwache aufgebaut und ausgebildet. Ziel ist, Menschen von der Flucht über das Mittelmeer abzuhalten. Die Strategie scheint aufzugehen: Allein dieses Jahr ist mehr als die Hälfte aller aus Libyen geflüchteten Menschen von der libyschen Küstenwache abgefangen und zurückgebracht worden. In der Regel landen diese verzweifelten Menschen wieder in Gefangenschaft. Mit der neuen EU-Mission „Irinì“, die auch den Ausbau der libyschen Küstenwache vorsieht, schreibt Europa seine Politik der Auslagerung der eigenen Verantwortung weiter fort – und das, obwohl die Rückführung von aus Seenot geretteten Menschen nach Libyen nicht mit internationalem Recht vereinbar ist.

Aktuell haben zivile Seenotretter*innen ein massives Problem bei ihrem Einsatz: Die meisten europäischen Küstenstaaten haben mit Verweis auf Covid-19 nicht nur ihre Grenzen, sondern auch ihre Häfen geschlossen. Das Bundesinnenministerium ist so weit gegangen,

die Organisationen aufzufordern, ihren Einsatz einzustellen – eine Missachtung grundlegender Prinzipien internationalen Rechts. Es ist eine Aufforderung, diejenigen allein zu lassen, die die zurzeit viel beschworene Solidarität dringend brauchen, denn der Bürgerkrieg in Libyen eskaliert weiter, und eine Ausbreitung von Covid-19 wird die ohnehin unerträgliche Lage weiter verschärfen.

Die anhaltende humanitäre Katastrophe im zentralen Mittelmeer darf deshalb nicht im Schatten der Corona-Pandemie untergehen. Wir leben in einer global eng vernetzten Welt und können uns auch in Krisenzeiten nicht unserer rechtlichen Verpflichtungen und der Verantwortung füreinander entledigen. Die neoliberale Globalisierung zugunsten der reichen Länder des Nordens und die Folgen des Klimawandels haben die weltweite Ungleichheit verschärft und mit ihrer Armut und kriegेरische Konflikte befeuert – dieser Mitverantwortung für Fluchtursachen muss sich jetzt auch die EU stellen. Der Schutz von Menschenleben hierzulande darf nicht gegen die Hilfe für Schutzsuchende an den EU-Außengrenzen ausgespielt werden. Wenn Europa unter der derzeitigen angespannten Lage Menschen an seinen Außengrenzen ertrinken lässt, verlieren wir weiter an Glaubwürdigkeit. Europa braucht jetzt mehr denn je ein gemeinsames, koordiniertes und nachhaltiges Seenotrettungsprogramm sowie eine Neuauflage eines gerechten Verteilungsschlüssels unter den europäischen Staaten für die Aufnahme von Geflüchteten, damit auch Asylsuchende und Migrant*innen in diesen ungewöhnlichen Zeiten Schutz suchen können.

Jana Ciernioch, Migrationswissenschaftlerin und politische Referentin bei SOS Méditerranée

sosmediterranee.de



Unser Gesundheitssystem angesichts der Corona-Pandemie

Ausreichend gerüstet?



Foto: attac.de

Unermüdlich preist Bundesgesundheitsminister Jens Spahn zurzeit das deutsche Gesundheitssystem als eines der besten weltweit und will uns alle angesichts der Corona-Pandemie beruhigen. Doch auch wenn Panikmache unangebracht ist, haben wir aufgrund der Entwicklung des deutschen Gesundheitssystems in den vergangenen Jahren erhebliche Zweifel an seiner Einschätzung.

Seit 2003/2004 eingeführt wurde, dass stationär erbrachte Leistungen über Fallpauschalen (DRGs) finanziert werden, werden Kliniken auf Profit getrimmt. Nicht mehr die Bedürfnisse der Patient*innen stehen im Mittelpunkt, sondern der betriebswirtschaftliche Gewinn, der je nach Diagnose erzielt werden kann. Mit möglichst niedrigen Kosten soll der höchstmögliche Erlös erzielt werden. Dabei wird vor allem bei den Pflegekräften gespart. Durch diese Einsparungen, und weil viele Pfleger*innen wegen schlechter Arbeitsbedingungen und mieser Bezahlung die Kliniken verlassen, fehlen heute mindestens 50.000 Pflegekräfte. Spahns „Lösung“, durch die Welt zu reisen und in Ländern, die dringend ihre eigenen Fachkräfte benötigen, Pfleger*innen abzuwerben, ist unfair gegenüber den Ländern des Südens.

Als Attac 2002 mit der Kampagne „Gesundheit ist keine Ware“ vor der zunehmenden Kommerzialisierung unseres Gesundheitssystems warnte, wurde das kaum wahrgenommen. Wir waren zu früh. Heute werden die eklatanten Nachteile eines kommerzialisierten Kliniksystems deutlich.

In diesem System gibt es keine Anreize, Behandlungskapazitäten wie Intensivbetten

vorzuhalten, um unvorhersehbaren Krisensituationen gerecht werden zu können, denn bezahlt werden nur bereits erbrachte Leistungen. Leere Betten verursachen nur Kosten, die den Gewinn schmälern. Resultat: Es fehlen Krankenhausbetten für die Vorsorge, zum Beispiel bei Pandemien. Seit der Gewinnorientierung im Gesundheitswesen ist die Zahl der Krankenhäuser von 1991 bis 2019 von 2400 auf 1942 geschrumpft. Der Anteil der Privatkliniken ist von 21,7 Prozent in 2000 auf 37 Prozent in 2017 gestiegen.

Besonders kleine Krankenhäuser auf dem Land, die die wohnortnahe Grundversorgung sicherstellen, machen zunehmend Defizite, weil die Grundversorgung im DRG-Katalog nicht auskömmlich bezahlt wird. Wenn das Defizit über mehrere Jahre anhält, müssen solche kommunalen Krankenhäuser geschlossen oder verkauft werden. Käufer ist meist ein privater Träger, mit der Folge, dass nicht lukrative Bereiche wie die Geburtshilfe geschlossen werden und sich die Arbeitsbedingungen für das Personal weiter verschlechtern.

Eins der Ziele der Corona-Maßnahmen der Bundesregierung ist zu vermeiden, dass mehr schwer kranke Covid-19-Patienten gleichzeitig in die Kliniken strömen, als unser Gesundheitssystem verkraften kann. Unsere Behandlungsressourcen reichen nicht aus für die Anforderungen einer Krisensituation, wie wir sie derzeit erleben:

- Daher wird nun hektisch versucht, ganze Stationen in Infektionseinheiten umzuwandeln.

- Die kürzlich gesetzlich festgelegten und nach Meinung vieler Expert*innen viel zu geringen Pflegepersonaluntergrenzen wurden wegen der Corona-Pandemie sofort wieder außer Kraft gesetzt. Das bedeutet, mit ohnehin zu wenigen Pflegekräften muss nun ab sofort eine rasant steigende Anzahl von Infektionspatienten zusätzlich betreut werden.
- Die Bundesregierung hat 10.000 Beatmungsgeräte geordert, weil in unseren Kliniken für den möglichen Bedarf im Rahmen der aktuellen Pandemie zu wenig Beatmungsplätze verfügbar sind. Wer die Patient*innen an diesen Maschinen pflegen und behandeln soll, ist aber nicht geklärt.

Die Corona-Pandemie macht deutlich: Krankenhäuser haben eine herausragende Bedeutung für die gesundheitliche Daseinsvorsorge unserer Gesellschaft. Dreißig Jahre neoliberaler Gesundheitspolitik haben nur den privaten Klinikkonzernen genutzt. Diese haben seit Einführung des DRG-Systems anhaltend große Gewinne erwirtschaftet und locken die Aktionär*innen mit hohen Renditeversprechen – so zahlen wir mit unseren Krankenversicherungsbeiträgen deren üppige Dividenden.

Wir fordern:

- Krankenhäuser dürfen keine Gewinne machen. Defizite sind auszugleichen, wenn ein Krankenhaus zur flächendeckenden Versorgung notwendig ist.
- Die Finanzierung muss Vorhaltekosten für außergewöhnliche Notfallsituationen sicherstellen.
- Die medizinische Behandlung im Krankenhaus gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge und ist damit eine hoheitliche staatliche Aufgabe. Daher müssen Krankenhäuser dort geplant und betrieben werden, wo sie für die Versorgung gebraucht werden. Kliniken in privater Trägerschaft müssen rekommunalisiert werden.
- Die angemessene Personalausstattung im Krankenhaus ist eine elementare Voraussetzung für gute Behandlung und Pflege, deshalb muss der Beruf der Krankenpflege aufgewertet und besser bezahlt werden.

Wir bleiben dabei: Gesundheit ist keine Ware, sie ist ein Grundrecht für alle!

Dagmar Paternoga und Arndt Dohmen,
Attac-AG Soziale Sicherungssysteme

Globales Handeln in Zeiten der Pandemie

Von Ebola lernen

Corona hat Menschen überall auf der Welt die Verletzbarkeit des eigenen Lebens offenbart. Nie zuvor stand die Welt, und dieses Mal wirklich die ganze Welt, vor einer allgemeinen Gefahr für die Gesundheit von Millionen von Menschen.

Verortete der globale Norden Epidemien bislang vor allem im Außen, in den Ländern des Südens, befindet er sich urplötzlich selbst im Epizentrum. Der blitzschnell beschlossene milliardenschwere Rettungsschirm erfasste nicht die globale Dimension und schon gar nicht die globale Verantwortung für die Pandemie. Von einer Abfederung der Folgen entlang der weltweiten Lieferketten – schon jetzt sind Millionen Näherinnen in Asien arbeitslos geworden, ohne jede soziale Absicherung – oder gar einem Schuldenschnitt war nicht die Rede im Bundestag. Die in diesen Tagen viel beschworene Solidarität endet bestenfalls an den EU-Außengrenzen. In europäischen Flüchtlingslagern wird das Menschenrecht auf gleichen Zugang aller zu Gesundheit täglich verletzt und Tote billigend in Kauf genommen. Indes hat die UNO einen Plan für die Länder des globalen Südens vorgeschlagen und muss nun um die Bereitstellung der Mittel bei ihren Mitgliedsstaaten regelrecht betteln. Die UN-Gesundheitsorganisation WHO muss nach dem Zahlungsstopp der USA um ihre Handlungsfähigkeit fürchten, obwohl sie unbedingt die Führungsrolle in der globalen Gesundheitsversorgung einnehmen und auf einen menschenrechtsorientierten Ansatz in der Versorgung drängen müsste.

Ein globaler Blick könnte nicht erst heute von den Erfahrungen und dem Wissen profitieren, das im Umgang mit Epidemien besteht. 2014 infizierten sich während der Ebola-Epidemie in Westafrika 20.000 Menschen mit dem Virus, fast die Hälfte starb daran. In Westafrika fand der Virus die besten Voraussetzungen, sich zu verbreiten. Die Gesundheitssysteme dort gehören zu den schwächsten weltweit. Die Welt schaute lange tatenlos zu; die Abschottungspolitik, die folgte, war so radikal, dass die Exportwirtschaft komplett zum Erliegen kam. Die Hilfe war zunächst so wenig eingebunden in die Strukturen vor Ort, dass das Misstrauen gegenüber den Helfer*innen in weißer Schutzkleidung massiv war.

Wirksam werden konnte die lebensrettende Aufklärungsarbeit erst, als eine konsequente Einbindung aller gesellschaftlichen Kräfte erfolgte.



Das Network Movement for Justice and Development arbeitet seit vielen Jahren mit den Communities und genießt – anders als die Regierung – das Vertrauen der Menschen. So können sie effektive Aufklärungsarbeit leisten. Foto: NMJD

„Do or die“ lautete die lakonische Antwort der Community-Worker auf die Frage, warum sie für die Aufklärungsarbeit, für die sie oft nur kleinste Aufwandsentschädigungen erhielten, täglich ihr Leben riskierten. Sie gingen monatelang von Tür zu Tür, informierten, hörten zu, nahmen Anteil. Auch im Alltäglichen gab es unschätzbare Erfahrungen, die heute wieder wichtig werden. Viele erzählten damals, dass es ihnen unerträglich sei, ihre verstorbenen Angehörigen ohne Umarmungen und Liebkosungen zu verabschieden, weil die Toten so keine Ruhe finden könnten. Sie nahmen lieber ihren eigenen Tod in Kauf, als das zuzulassen. Daraufhin entwickelten Imame gemeinsam mit christlichen Predigern und traditionellen Heilern alternative Beerdigungsrituale, damit die Angehörigen ihre verstorbenen Liebsten in Frieden verabschieden konnten. Die Menschen in Westafrika erlebten ihren Einsatz gegen die Weiterverbreitung von Ebola als Selbstermächtigung.

Zugleich haben sie die Abwesenheit des Staates und das Versagen der internationalen Staatenwelt beim Aufbau einer Infrastruktur im Gesundheits- und Bildungsbereich tausendfach mit dem Leben bezahlt. Die Rohstoffe ihrer Länder wurden weiterhin für die Herstellung von Elektroartikeln in den Norden exportiert, ohne dass größere Mittel zum Aufbau der sozialen Infrastruktur bereitgestellt wurden. Bis heute gibt es im westafrikanischen Sierra

Leone immer noch weniger Ärzt*innen im öffentlichen Gesundheitssektor als in der Frankfurter Uniklinik. Es gehört nicht viel Vorstellungskraft dazu, was die Ausbreitung von Corona hier bedeuten wird.

Die profitorientierte Privatisierung des Gesundheitssektors hat weltweit tödliche Folgen. Und dennoch drängt die Weltbank derzeit die Länder im globalen Süden dazu, die Probleme im Gesundheitsbereich mittels privater Finanzierung zu lösen und Notprogramme auf Kreditbasis aufzulegen! Um zu sehen, welche Folgen das hat, müssen wir nicht bis Sierra Leone schauen, es reicht ein Blick auf die Entwicklung von Covid-19 in Italien und Griechenland. Wir können es nicht riskieren, dass der flächendeckende Ausbau von öffentlichen Gesundheitssystemen noch mal einkassiert wird, wie dies in Westafrika nach Ebola geschah.

Das politische Ergebnis der Pandemie, sagt der Soziologe Mike Davis, wird durch Kampf entschieden werden, durch das Aufzeigen dessen, was Probleme verursacht und was sie löst. Und wir müssen diese Analyse auf jede erdenkliche Art und Weise in die Welt hinaus tragen.

Anne Jung, Sprecherin Globale Gesundheit bei medico international

Die Auswirkungen der Corona-Krise auf unsere Demokratie

Not kennt ein Gebot!

Gefährdet die Corona-Krise unsere rechtsstaatliche Demokratie? Nur, soweit wir es zulassen! Die Frage, was von den aktuellen Regelungen bleiben wird und welche Folgen die aktuellen Maßnahmen haben, darf nicht erst mit dem Einzug der Normalität gestellt werden. Um später Lehren ziehen zu können, müssen wir das Verhalten von Legislative, Exekutive und Judikative schon jetzt sorgfältig analysieren und unsere demokratischen Rechte aktiv in Anspruch nehmen. Diese Aufgabe fällt vor allem auch der Zivilgesellschaft zu.

Einige Bereiche unserer Demokratie sind durch die Corona-Krise stark betroffen:

1. Die Stimmen der Zivilgesellschaft in Entscheidungsprozessen und friedlicher Protest auf den Straßen

Eine aktive Zivilgesellschaft ist die Basis für unsere Demokratie. Unter den aktuellen Maßnahmen ist die in Artikel 8 des Grundgesetzes geschützte Versammlungsfreiheit weitestgehend außer Kraft gesetzt. Dabei sind öffentliche Proteste ein wesentliches Mittel für die Zivilgesellschaft, um ihren Anliegen Gehör zu verschaffen. Zivilgesellschaftliches Engagement trägt maßgeblich dazu bei, dass Regierungshandeln und Gesetze kritisch beleuchtet und nachjustiert werden können. Demonstrationen sollten daher unter den geltenden Auflagen erlaubt bleiben. Dass gemeinsames Demonstrieren aktuell kaum möglich ist, wiegt besonders schwer durch die fehlende Möglichkeit, im Rahmen des parlamentarischen Abstimmungsprozesses gehört zu werden: Beschleunigte Gesetzgebungsverfahren beschränken demokratische Teilhabe; die Stimmen vieler besonders Betroffener, wie Geflüchtete, Strafgefangene, Frauen und Kinder, können nicht ausreichend berücksichtigt werden.

2. Soziale Ungleichheit, staatliche Schutzpflichten und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Die Krise verschärft soziale Ungleichheit. Die Menschen sind unterschiedlich von den Maßnahmen betroffen. Daher sind die Schutzpflichten des Staates gegenüber besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen von akuter Bedeutung. Alle Menschen in Deutschland haben ein Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum, abgeleitet aus der Menschenwürde und dem Sozialstaatsprinzip. Der Staat muss die Menschenwürde auch positiv schützen und materielle Unterstützung

gewähren, wenn jemandem die für ein menschenwürdiges Dasein notwendigen Mittel fehlen. Ebenso ist der Staat verpflichtet, Menschen vor häuslicher Gewalt zu schützen – die zuzunehmen droht, weil andere schützende Institutionen wie Schulen und Frauenhäuser eingeschränkt sind. Auch wir sind gefragt, uns gegenseitig zu unterstützen, den besonders Betroffenen eine Stimme zu geben und so zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beizutragen.

3. Das Gebot europäischer Solidarität

Die Förderung der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten ist laut EU-Vertrag wichtiger Bestandteil der Ziele und Werte der Union. Diese Solidarität wird zurzeit auf den Prüfstand gestellt.

haltend dabei, den Freiheitsbeschränkungen Einhalt zu gebieten – auch wenn diese über das Ziel hinausschießen. Dies sollte uns eine Warnung sein. Im Bereich der Versammlungsfreiheit ignorieren einige Gerichte die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts: Versammlungsverbote werden dadurch gerechtfertigt, dass sie nur temporär gelten. Dies übersieht aber, dass jedes Verbot, eine bestimmte Versammlung zu einer bestimmten Zeit abzuhalten, die Versammlungsfreiheit für die Grundrechtsträger*innen weitgehend entwertet. Dabei kommt es bei vielen der Demonstrationen gegen die Auswirkungen der Pandemie gerade auf den Zeitpunkt an. Wer akut in seinen Grundrechten verletzt ist



Foto: Stephanie Handtmann

Besonders betroffene Mitgliedstaaten wie Italien und Spanien fühlen sich in der Krise alleingelassen, was das Vertrauen der Bürger*innen in die EU gefährdet. Abschottung wurde zum Gebot der Stunde, ohne dass die Grenzschießungen im Lichte der bestehenden Infektionsgefahren öffentlich nachvollziehbar geprüft wurden. Die Reisefreiheit im Schengen-Raum wurde ohne Einhaltung der Verfahrensregeln kurzerhand ausgesetzt. Dies hat auch Auswirkungen auf den innereuropäischen Austausch zivilgesellschaftlicher Organisationen und die Möglichkeit, gemeinsame Anliegen voranzubringen.

4. Die Judikative als Schutzschild der Demokratie?

Gerichte urteilen nicht in einem politikfreien Raum. Viele Gerichte sind gerade sehr zurück-

oder seine Interessen bedroht sieht, muss jetzt gehört werden.

Die aktuelle Krise braucht eine starke und engagierte Zivilgesellschaft. Deren Handlungsspielräume bestehen nicht selbstverständlich. Sie müssen aktiv geschützt und sollten genutzt werden, so gut es geht. So besteht die Chance, dass wir aus der Krise für die Zukunft lernen und sie Neuerungen mit sich bringt, von denen unsere Demokratie profitiert. Unsere demokratischen Strukturen und Teilhabemöglichkeiten dürfen der Eindämmung des Virus nicht zum Opfer fallen – sie sind ein wichtiges Mittel gegen die Gefahren der Pandemie.

Vivian Kube und Pauline Weller,
Gesellschaft für Freiheitsrechte e.V.

Keine Wiederholung des üblichen Krisenmodus

Wer zahlt für die Krise?

Corona zeigt, wie sehr unsere Wirtschaft „auf Kante genäht ist“: Bereits nach einigen Tagen, in denen die Produktion in verschiedenen Regionen der Welt stillstand, brachen Produktions- und Lieferketten zusammen, selbst Produkte für den Basisbedarf sind von Zulieferungen aus Übersee abhängig.

Auch die finanziellen Reserven in der Realwirtschaft sind knapp. Gerade diejenigen, die bisher staatl. Regulierungen am heftigsten verteidelt hatten, rufen jetzt am lautesten nach Staatsknete. Es ist ein Skandal: Arbeitnehmer*innen finanzieren ihre Krisenabsicherung, das Kurzarbeitergeld, zum Teil selbst und entlasten damit die Unternehmen massiv. Vermögensbesitzer*innen hingegen erhalten weiterhin in vollem Umfang Mieten und Zinsen von den Unternehmen – selbst wenn diese dadurch Pleite gehen. Das ist zu verhindern.

Wieder droht der übliche Krisenmodus mit Profitsicherung als oberster Priorität: In der Krise muss im allgemeinen Interesse die Wirtschaft mit Staatsausgaben gerettet werden. Nach der Krise muss der Staat die Wirtschaft beim Hochfahren finanziell unterstützen. Und anschließend muss gespart werden, staatl. Leistungen im Sozialbereich werden gekürzt.

Einiges ist diesmal jedoch anders: Die Unfähigkeit der von Einzelinteressen geprägten Marktwirtschaft, auf größere Krisenerscheinungen angemessen zu reagieren, wird offensichtlich. Aus einzelwirtschaftlich nachvollziehbaren rationalen Gründen vergeben beispielsweise Banken, um auf der sicheren Seite zu sein, kaum noch Kredite. Das verstärkt den Krisenimpuls massiv. Es zeigt sich, dass jetzt in der Krise nur Akteure angemessen handeln, die das Gesamtinteresse vertreten, und das sind in der Regel die staatl. Instanzen. Insbesondere private Finanzinstitutionen zeigen jetzt ihre Handlungsunfähigkeit, Kredite vergeben sie nur noch bei 100 Prozent staatl. Risikoabsicherung und mit zugesicherten Gewinnspannen. Während normalerweise casinoartige Finanzspekulation im Vordergrund steht, werden Privatbanken im Krisenmodus zum gut honorierten bürokratischen Arm der öffentlichen Förderbanken. Das hindert die privaten Institutionen jedoch nicht daran, auch jetzt noch als Kreditgeber für krisenverstärkende Spekulationsgeschäfte zu fungieren.

Wenn nun der Wirtschaft Unterstützungsleistungen jenseits der Billion zugesagt werden,

dann muss damit der Anspruch verknüpft werden, sie auch sozialer, nachhaltiger und damit zukunftsfester zu machen. Mit der staatl. Förderung müssen Unternehmen verpflichtet werden auf

- nachhaltige Produktionsweisen und Einhaltung der Umweltstandards, insbesondere umgehende Reduktion des CO₂-Ausstoßes,
- Einhaltung internationaler Resolutionen zu Menschenrechten, der ILO-Arbeitsrechtsnormen und tarifgerechter Bezahlung,
- Verzicht auf Steuervermeidung, Dividenden und Boni.

Zudem müssen die Förderprogramme auch durch die Unterstützung von Infrastrukturpro-

jekten im Gesundheitswesen, in der Bildung und im öffentlichem Nahverkehr ergänzt werden. Dafür brauchen insbesondere die Kommunen langfristig eine bessere finanzielle Ausstattung.

Zur Finanzierung dieser Maßnahmen müssen große Vermögen und hohe Einkommen herangezogen werden. Attac fordert eine progressive Vermögensabgabe für sehr große Vermögen, einen Corona-Soli auf Einnahmen der Einkommensmillionäre und die konsequente Bekämpfung von Steuerflucht.

Die Spirale von Steuersenkungsrunden, in ihrer investitionsfördernden Wirkung völlig überschätzt, muss endlich durchbrochen werden: Auch Großkonzerne müssen mittels einer Gesamtkonzernsteuer, die Gewinnverschiebungen ins Ausland obsolet macht, effektiv besteuert werden. Das gilt auch für Konzerne mit datenbasierten Geschäftsmodellen wie Google oder Amazon.

Die Krise lässt sich nicht mit nationalem Egoismus lösen. Der Versuch des von Deutschland dominierten Blocks der Eurogewinner, andere Euro-Staaten von den Vorteilen der Währungsunion in Form von niedrigen Zinssätzen auszuschließen und mit massiven Finanzmitteln für die heimische Wirtschaft die deutsche Dominanz in Europa zu festigen, droht die ganze EU zu sprengen.

Risikoteilung und eine Annäherung der wirtschaftlichen Verhältnisse sind notwendig, um den Rückfall in ein nationalistisches Europa zu vermeiden. Dazu muss die Finanzausstattung für die Krisenbekämpfung auf europäischer Ebene massiv erhöht und über europäische Infrastrukturprojekte der Weg in eine soziale und nachhaltige Wirtschaft beschritten werden. Die Mittel dazu können über die Einführung europäischer Steuern gewonnen werden, zum Beispiel über Treibhausgassteuern, ökologische Steuern zur Durchsetzung der einschlägigen Richtlinien der EU, oder die Besteuerung transnationaler Netze, beginnend bei Flugverkehr und Gütertransporten.

Der übliche Mechanismus der Krisenbewältigung muss durchbrochen werden. Jetzt gibt es die Chance, mit der Umsetzung unserer Vorschläge zu besseren Ergebnissen zu kommen!



Foto: attac.de, Aktionsfahnen unter shop.attac.de

Alfred Eibl, Attac-AG Finanzmärkte und Steuern

Solidarische Finanzierung in der Krise und für den Wiederaufbau

EU in Zeiten von Corona

Die Corona-Pandemie führt zu erheblichen Spannungen, insbesondere in der Euro-Zone. Zum einen wurde die Eurokrise im Nachgang der großen Finanzkrise noch nicht überwunden, und zudem wird mit Italien ein Land von der Gesundheitskrise schwer getroffen, in dem sich bereits vorher schon die Probleme einer schwachen wirtschaftlichen Entwicklung offenbart hatten.

Jetzt zeigt sich das Versagen der Europäischen Union bei der Lösung der Eurokrise. Die Forderungen und Diskussionen seit 2012 über Mechanismen zur Chancen- und Risikoteilung und zur Konvergenz zwischen den Mitgliedsstaaten, sei es die Einsetzung eines „europäischen Finanzministers“, die Einführung eines „Eurozonenbudgets zur Förderung der Konvergenz“ oder die „Sicherstellung einheitlicher Finanzierungsbedingungen“, brachten keine relevanten Ergebnisse.

Einzig die Europäische Zentralbank, ein Gremium, in dem die nationale Interessens-

vertretung gegenüber dem gesamteuropäischen Blick etwas zurückgedrängt werden konnte, hat bisher in relevantem Maße mit seinem Ankaufprogramm für Anleihen in Höhe von 750 Milliarden Euro reagiert. Dieses muss bei Bedarf ausgeweitet werden.

Darüber hinaus müssen einheitliche Finanzierungsbedingungen für die Staaten abgesichert werden. Dabei ist es egal, ob die Anleihen nun Corona-, Euro- oder Recovery-Bonds heißen. Voraussetzung muss sein, dass für alle die gleichen günstigen Zinssätze zu realisieren sind. Die Kreditaufnahme darf aber anschließend nicht zu Sparprogrammen der öffentlichen Hand führen. Deshalb ist klar: Die Einnahmeseite muss insbesondere durch Vermögensabgaben und eine effektive Unternehmensbesteuerung gestärkt werden!

Alfred Eibl, Attac-AG Finanzmärkte und Steuern



Foto: attac.de

Während und nach Corona

Bezahlbares Wohnen für alle!

Viele Menschen schaffen es in der Corona-Krise nicht mehr, die Kosten für ihre Wohnung zu tragen. Anderen war schon zuvor das Recht auf Wohnen verwehrt. Die Maßnahmen im Covid-19-Gesetz sind für sie alle unzureichend: Vorgesehen ist nur ein Moratorium für Kündigungen; Mietschulden häufen sich weiter an. Kündigungen wegen Mietschulden, die vor dem 1. April aufgelaufen sind, sind immer noch erlaubt. Selbst Zwangsräumungen sind nicht bundesweit ausgesetzt. Eine Leerstelle in dem Bundesgesetz ist zudem die unhaltbare Situation von Obdachlosen und Geflüchteten.

Attac setzt sich darum dafür ein, Obdachlose und Geflüchtete in Hotels oder leerstehenden Wohnungen unterzubringen – in Einzelzimmern. Kündigungen, Zwangsräumungen und Mieterhöhungen müssen vollständig ausgesetzt und Mietschulden

erlassen werden. Geraten Vermieter*innen dadurch in Schwierigkeiten, können sie unter Umständen staatliche Hilfe bekommen. Auch die Grundversorgung mit Energie, Wasser und Telekommunikation muss sichergestellt sein.

Klar ist aber auch: Über Corona hinaus brauchen wir dauerhafte Lösungen für die anhaltende Wohnungskrise. Die Forderungen von Attac zur Transformation des Wohnungssektors bleiben aktuell. Dazu gehören dauerhafte Mietobergrenzen, mehr öffentliche und genossenschaftliche Wohnungen, die Vergesellschaftung von Wohnkonzernen, eine Neue Wohnungsgemeinnützigkeit sowie ein Privatisierungsstopp für Grundstücke. Damit alle menschenwürdig wohnen können!

www.attac.de/gemeingut-wohnen



Foto: attac.de

Menschen für sozial-ökologischen Umbau gewinnen!

Ist das nachhaltig oder kann das weg? Keine Rettungspakete für Klimakiller!



Foto: Stephanie Handtmann

In der Coronakrise werden die Mängel im System offenkundig. Viele Menschen wollen keine Rückkehr zum „Business as usual“. Wie weit diese Besinnung trägt, wenn es am Ende für viele um Existenzsicherung geht, ist schwer vorhersehbar. Die Diskussion um Klimagerechtigkeit – Fridays for Future sei Dank – hat aber die Notwendigkeit sozial-ökologischer Veränderung ins öffentliche Bewusstsein gerückt. „System Change, not Climate Change“ ist nicht vergessen.

Wir werden daher die Debatte um den klimagerechten Umbau von Produktion und Verbrauch vorantreiben, sei es als Energiewende, als Agrarwende oder als industrielle Abrüstung, der überflüssige Produktion durch gesellschaftlich nützliche Produktion ersetzt.

Ein Ansatzpunkt sind die absehbaren „Rettungspakete“ für die Wirtschaft. Hier werden – wie in der Finanzkrise 2008/2009 – „systemrelevante“ Player wie die Autoindustrie am stärksten abräumen, wenn wir sie lassen. Nach der Devise „Keine Kohle für Klimakiller“ gilt es daher, die Rettungspakete zum Startschuss für grundlegenden sozial-ökologischen Umbau zu machen, statt die Restauration des Bestehenden zuzulassen. Das muss schnell geschehen.

Unter der Überschrift „Keine Milliardenhilfen für die Flugindustrie!“ hat Attac einen offenen Brief

von mehr als 250 Organisationen an die europäischen Regierungen unterzeichnet, in dem statt Rettungspaketen ein Strukturwandel zu klimagerechter Mobilität gefordert wird. Gegen die Forderungen der Autoindustrie nach Lockerung der Umweltauflagen tragen wir die Erklärung „Konversion statt Rezepte von gestern!“ mit. Gegen die Rüstungsindustrie bleibt unsere Konversionslösung „Schwerter zu Pflugscharen“. So weit, so gut.

Wir müssen aber auch Wege aufzeichnen, wie wir aus der konkurrenz- und profitgetriebenen Megamaschine zu einer nachhaltigen bedürfnisorientierten Produktion kommen, ohne dass die Menschen um ihre soziale Sicherung fürchten müssen. Menschen müssen Vertrauen in Veränderung haben, damit sie mitgehen.

Um Industrien zu einem wirtschaftsdemokratischen Projekt umzubauen, braucht es eine breite gesellschaftliche Debatte über Ziele und Wege zu einem besseren Leben für alle. Dabei können je nach Branche und/oder Region transparent arbeitende Transformationsräte gebildet werden, die anhand klarer ökologischer Kriterien für Herstellung, Gestaltung und Verbrauch von Produkten sowie sozialer Kriterien wie Tarifbindung aus Ideen konkrete Maßnahmen entwickeln.

Um den Automobilsektor auf das nötige klimagerechte Maß zu schrumpfen und allen Menschen Mobilität zu ermöglichen, braucht es zum Beispiel Verbrauchs- und Gewichtsbeschränkungen, Tempolimits, autofreie Zonen und Stopp von Straßenneubau oder den Abbau von Subventionen wie Diesel- und Dienstwagenprivileg. Und vor allem sind schnell gewaltige Investitionen in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs nötig.

Die Landwirtschaft braucht strenge Vorgaben für Tierhaltung und Nutzung von Böden, klimaschädliche Agrarsubventionen müssen abgeschafft werden und die kleinbäuerlich-ökologische Landwirtschaft muss gefördert werden, um gesunde Ernährung sicherzustellen.

Bleibt das Argument der Sorge um die Arbeitsplätze, sorgsam gepflegt durch die Verfechter*innen des ewigen Wachstums. Klar, eine rückgebaute Autoindustrie braucht weniger Beschäftigte. In Teilen werden die jedoch in der aufzubauenden Mobilitätsindustrie beim Bau von Fahrzeugen für den öffentlichen Verkehr Beschäftigung finden. Der Ausbau der Infrastruktur und der Betrieb des erweiterten öffentlichen Verkehrs schaffen zusätzlich Arbeit. Solch ein Transfer in andere Beschäftigung muss durch umfangreiche Qualifizierungsprogramme und Verdienstsicherung in Übergangsphasen begleitet werden. Zusammen mit dem großen Arbeitskräftebedarf in der Pflege oder im Handwerk ist damit soziale Absicherung allemal möglich.

Das gesellschaftliche Großexperiment mit Arbeitszeitverkürzung in der Coronakrise sollten wir zudem zum – materiell abgesicherten – Dauerzustand machen. Menschen erleben die „Zwangsentleunigung“ als neue Lebensqualität und möchten sie beibehalten. Viele Kolleg*innen bei VW wollten schon vor 15 Jahren nicht aus der krisenbedingten 28,8-Stundenwoche zurück zu 35 Stunden. Wann also, wenn nicht jetzt? Lebensqualität zu verbessern und gleichzeitig das Klima zu schonen ist der Weg aus der Krise.

Achim Heier, Attac-Kampagnengruppe
einfach.umsteigen

link.attac.de/erklaerung-flugindustrie
link.attac.de/erklaerung-autoindustrie

Attac-Prozess um die Gemeinnützigkeit

Wenn nötig bis vors Bundesverfassungsgericht!



Foto: Philip Eichler

Am 26. Februar musste das Hessische Finanzgericht in Kassel erneut über die Gemeinnützigkeit unseres Engagements für eine demokratische, gerechte, solidarische Welt entscheiden. Die Zeichen standen nicht gut, schließlich hatte der Bundesfinanzhof (BFH) das Verfahren mit strikten Vorgaben an dasselbe Gericht zurückverwiesen, das Attac noch in der ersten Instanz seine Gemeinnützigkeit bestätigt hatte. Anders als in der breiten Öffentlichkeit wahrgenommen, hatte der BFH allerdings kein Urteil über die Gemeinnützigkeit von Attac gefällt. An den Richtern in Kassel war es, zu entscheiden, ob das tatsächliche Handeln von Attac auch noch unter den neuen Bedingungen des BFH als gemeinnützig anzusehen ist.

Mit seiner in weiten gesellschaftlichen und Fachkreisen heftig kritisierten Entscheidung vor einem Jahr hatte der BFH den Rahmen für politisches Engagement gemeinnütziger Organisationen viel enger als die bisherige Rechtsprechung gesteckt. Vor allem die gemeinnützigen Zwecke „Förderung der Bildung“ und „Förderung des demokratischen Staatwesens“ hatte der BFH deutlich restriktiver ausgelegt.

Unsere Befürchtungen haben sich bewahrheitet: Unter dem Druck dieser Vorgaben blieb dem Hessischen Finanzgericht letztlich keine andere Möglichkeit, als unsere Klage abzuweisen – trotz deutlich geäußerten Missbehagens der Richter. „Alles in allem scheint das Urteil des Bundesfinanzhofs mit heißer Nadel

gestrickt, was bedenklich erscheint, insbesondere wegen der enormen gesellschaftlichen Auswirkungen“, sagte der Vorsitzende Richter Helmut Lotzgeselle. Er kritisierte vor allem die enge Auslegung des gemeinnützigen Zwecks der politischen Bildung: „Der BFH hat hier eine eher klassische, keine aufklärerische Auslegung des Bildungsbegriffs vorgenommen.“ Dennoch habe das Gericht keinen Spielraum gesehen, Attac unter den engen Vorgaben des BFH die Gemeinnützigkeit erneut zuzuerkennen.

Die Richter ließen wenig Zweifel daran, dass sie die Vorgaben des BFH nicht nachvollziehbar fanden, und ließen eine Revision ausdrücklich zu. Erst nach einem letztinstanzlichen Urteil des BFH ist der Weg vors Bundesverfassungsgericht frei. Wir werden ihn in jedem Fall gehen, sollte der BFH in der Revision gegen uns entscheiden. Die zentrale demokratische Frage, welche Rolle der Zivilgesellschaft in einer Demokratie zukommt, sollte nicht in den Händen von Finanzämtern und Finanzgerichten liegen!

Dass die Richter am Hessischen Finanzgericht gegen ihre offenkundige Überzeugung bürgerschaftliches Engagement schwächen mussten, ist ein beängstigendes Signal. Es zeigt erneut, wie bedrohlich das Urteil des BFH für die demokratische Zivilgesellschaft ist. Dabei braucht eine wehrhafte Demokratie dringend engagierte Bürger*innen und kritische Nichtregierungsorganisationen, die politische Entscheidungsprozesse begleiten und sich einmischen.

Erst am 17. Februar, nur wenige Tage nach dem Thüringer Tabubruch einer Zusammenarbeit von Liberalen und Konservativen mit der rechtsradikalen AfD, drohte Björn Höcke bei der Pegida-Demonstration in Dresden: Wenn die AfD an der Macht sei, „werden wir die sogenannte Zivilgesellschaft, die sich aus Steuergeldern speist, leider trockenlegen müssen.“ Kein Wunder, dass Höcke in einer engagierten Zivilgesellschaft einen Gegner sieht, den es zu bekämpfen gilt, schließlich verhinderte nicht zuletzt der spontane Protest zehntausender Menschen eine Regierungsbildung in Thüringen mit Unterstützung der AfD. Wer den Griff von Faschist*innen nach der Macht verhindern will, ist gut damit beraten, Zivilgesellschaft zu stärken – auch deshalb bleiben wir unnachgiebig. Wir werden die Gemeinnützigkeit unseres politischen Engagements für eine solidarische Gesellschaft und eine sozial gerechte und ökologisch verträgliche Globalisierung weiter verteidigen – politisch und juristisch. Durch alle Instanzen.

Jule Axmann und Frauke Distelrath,
Attac-Bundesbüro

Es tut sich was!

Das Bundesfinanzministerium hat sich inzwischen mit den Finanzministerien der Länder darauf geeinigt, dass bis Ende nächsten Jahres keinen weiteren Vereinen auf der Grundlage des Attac-Urteils des BFH die Gemeinnützigkeit entzogen werden soll. Bis dahin soll das Gemeinnützigkeitsrecht überarbeitet werden. Auf Attac hat dieser Erlass keine Auswirkung. Er gilt nicht für Vereine, denen die Gemeinnützigkeit bereits entzogen worden ist.

Dieser Erlass bedeutet für viele Vereine zumindest eine Atempause, in der sie nicht um ihre Gemeinnützigkeit bangen müssen. Doch noch ist völlig ungewiss, wie ein neuer Gesetzentwurf aussehen wird und ob er vom Ziel einer starken, vielfältigen und demokratischen Zivilgesellschaft geleitet sein wird, statt vom Misstrauen gegenüber politischer Betätigung

Neu im Webshop

Klimagerechte Mobilität für alle

Hendrik Auhagen / Thomas Eberhardt-Köster /
Achim Heier / Mark Herterich /
Hermann Mahler / Volker Röske /
Carl Waßmuth / Winfried Wolf

Klimagerechte Mobilität für alle

Verkehr der Zukunft nicht den Konzernen
überlassen

AttacBasisTexte 57

Verkehrspolitik war in Deutschland jahrzehntelang nichts anderes als Verkaufspolitik für die Autoindustrie. Autobahnen und Schnellstraßen wurden ausgebaut, Zugverbindungen stillgelegt. Stadtentwicklung orientierte sich an den Bedürfnissen des wachsenden Pkw-Verkehrs. Güterverkehr wurde systematisch von der Schiene auf die Straße verlegt.

Diese Politik stößt an ihre Grenzen und trifft auf breite Proteste. Mit diesem Basistext werden die Positionen und Forderungen von Attac ergänzt und vertieft. Die Erfahrungen aus 20 Jahren Globalisierungskritik und sozialer Bewegung haben gezeigt, dass ohne ein Aufbrechen der herrschenden wachstums-, konkurrenz- und profitgetriebenen kapitalistischen Wirtschaftsweise grundlegende gesellschaftliche Veränderungen nicht möglich sind. Zentrale Akteure in dieser Wirtschaft sind Konzerne. Konsequentermaßen muss also den Einfluss der Konzerne

und der mit ihr verflochtenen Lobby zurückdrängen.

Die Autor*innen aus der Attac-Kampagne „einfach.umsteigen – Klimagerechte Mobilität für alle“ machen deutlich: In der neuen breiten Bewegung für eine umgehende Verkehrswende müssen alle relevanten zivilgesellschaftlichen Akteure an einem Strang ziehen – Klimagerechtigkeits- und globalisierungskritische Bewegung, umwelt- und verkehrspolitische Verbände, Parteien, Gewerkschaften und aktivistische Gruppen.

Bestellungen online unter shop.attac.de,
oder per Fax an 069-900 281-99.



Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:

Tel.: 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz.

Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-900 281-10

Fax: 069-900 281-99

E-Mail: info@attac.de

Produktion: Attac Trägerverein e. V.
Redaktion: Judith Amler, Jule Axmann,
Lena Bröckl, Frauke Distelrath,
Stephanie Handtmann, Achim Heier,
Hermann Mahler, Jana Mattert
V.i.S.d.P.: Stephanie Handtmann

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.

Tel. 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!



Der CO₂-neutrale Versand mit der Deutschen Post

Gesundheit ist keine Ware!

„Gesundheit ist keine Ware!“ war das Motto einer der ersten Kampagnen von Attac im Juni 2002. Wie aktuell sie noch ist, wird zurzeit offensichtlich, denn der kapitalistische Umbau des Gesundheitssystems fällt uns (nicht erst) jetzt auf die Füße. Dabei brauchen wir ein Gesundheitssystem, das sich am Gemeinwohl orientiert – dafür hat sich Attac von Anfang an engagiert.

Seit Beginn der Corona-Pandemie ist das öffentliche Interesse an Gesundheitsthemen deutlich angestiegen; das bietet eine gute Gelegenheit, unsere Forderungen in Hinblick auf das Gesundheitssystem zu schärfen und breit bekannt zu machen. Deshalb ist Attac dazu gerade sehr aktiv – unter anderem mit Webinaren, Online-Filmvorführungen, der Produktion kurzer Erklärfilme, der Beteiligung an der internationalen Aktion zum Weltge-

sundheitstag und der Veröffentlichung von Forderungen und Alternativen für ein Gesundheitssystem jenseits der Profitorientierung. Selbstverständlich bleiben wir am Gesundheitsthema dran, und wir werden auch dafür sorgen, dass es nach der Corona-Krise nicht in Vergessenheit gerät.

Fast alle sind von der Corona-Krise in unterschiedlichem Maß betroffen. Viele treiben jetzt auch existenzielle Sorgen um, und wir wissen, dass es deshalb zurzeit auch schwieriger ist, zu spenden. **Wir freuen uns dennoch, wenn du das Engagement von Attac für eine gemeinwohlorientierte Gesundheitspolitik mit einer Spende unterstützt, wenn du kannst!** Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter www.attac.de/spenden geht das schnell und unkompliziert. Herzlichen Dank!



Foto: attac.de

Hinweis

Attac ist auf Spenden angewiesen. Satzungsgemäß verfolgen wir gemeinnützige Zwecke. 2014 entzog das Finanzamt Attac die Gemeinnützigkeit mit der Begründung, unser Engagement sei zu politisch. Der Bundesfinanzhof hat diese Sichtweise in seiner Entscheidung vom Februar 2019 aufgegriffen und unsere Klage an die erste Instanz zurückverwiesen. In der Verhandlung am 26. Februar 2020 unterlag Attac; jetzt gehen wir in Revision. Falls nötig, werden wir den Rechtsweg bis zum Ende ausschöpfen. Derzeit können wir leider keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN

DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort

RBF2002

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE